Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus **„Graphia"**
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer (im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl	
Argentinien . . .	Pes.	0.30	Pes	3.60
Belgien	Frs.	2.—	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld	0.30	Guld.	3.60
Deutschland . . .	Mk.	0.25	Mk.	3.—
Estland	E.Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk	4.—	Fmk	48.—
Frankreich . . .	Frs	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien ..	d.	4.—	sh.	4.—
Holland	Gld.	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60



Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 26
Sonntag, 10. Dez. 1933

Bezugspreis im Quartal (im Ausland Kč 24.- Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl.	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen	Kr	0.35	Kr.	4.20
Oesterreich . . .	Sch	0.40	Schill.	4.80
Palästina	P. £	0.018	P. £	0.216
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24.—
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet . . .	F.Fr	1.50	F. Fr	18.—
Schweden	Kr	0.35	Kr	4.20
Schweiz	Frs	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.90

Kriegsrecht im Frieden

Der Ausbau des totalen Parteistaates
Die Vorbereitung für den nächsten Krieg

„Wir bekämpfen die korumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten." (Programm der nationalsozialistischen Partei.)

Hitler hat seinen Stabschef Ernst Röhm und seinen Stellvertreter in der Parteiorganisation Rudolf Heß zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Die NSDAP. ist von Hitler zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärt worden.

Für die Mitglieder der NSDAP. und der SA. wird eine Parteigerichtsbarkeit bei den Dienststellen ihrer Organisationen eingerichtet. **Die öffentlichen Behörden haben diesen Dienststellen Amts- und Rechtshilfe zu leisten.**

Alle Behörden sollen noch stärker als zuvor mit nationalsozialistischen Parteiangehörigen besetzt werden.

SA. und SS. werden organisatorisch neugegliedert in Truppe, Reserve und Landsturm.

Die geheime Staatspolizei wird neu organisiert, Ministerpräsident Göring wird direkter Chef, der frühere Leiter Ministerialrat Diehls Inspektor der Staatspolizei.

Zusammenfassung, Machtkonzentration, Verstärkung des Parteieinflusses auf den Staat, immer stärkere Hervorhebung des Totalitätscharakters des deutschen faschistischen Staates! Das bedeutet Verstärkung des Herrschaftscharakters des nationalsozialistischen Staates, Zunahme der Bedrückung der Bevölkerung. Es wird bald keine Lücke mehr auszufüllen, bald keine Steigerung mehr möglich sein.

*

Das Wahlergebnis vom 12. November ermöglicht es den Despoten, den Herrschafts- und Unterdrückungscharakter ihres Staates zu verbergen hinter dem Schleier einer plebiszitischen Scheindemokratie — aber die Zustimmung der Mehrheit des Volkes ist nur die Zustimmung einer Bevölkerung, die **keine Wahl mehr hat als Unterwerfung oder Aufstand.** In Wahrheit ist die deutsche Nation in zwei Teile zerlegt — eine herrschende und eine beherrschte Gruppe. Die nationalsozialistische Partei tritt dem Volke gegenüber wie ein Erobervolk einem unterlegenen Volk. Sie nimmt für die Eroberer alle staatlichen Rechte in Anspruch und beraubt die Beherrschten aller politischen Rechte. Der Staat ist nicht die zweckmäßige Organisation des ganzen Volkes für seine Wohlfahrt, sondern die Organisation der Herrschaft der Eroberer über die Besiegten!

Der Eroberer muß ständig die Besiegten fürchten, die Diktatoren fürchten Unzufriedenheit und Rebellion in der eigenen Gefolgschaft. Der Kurs geht deshalb nicht auf Lockerung der Bedrückung, sondern auf Verstärkung und Ausbau der Diktatur. Das ist der Sinn der verfassungsmäßigen Konstruktionen, die in den letzten Tagen in Deutschland vorgenommen worden sind. Soweit neben der Organisation der Diktatur noch selbständige Organisationen, Reste sozialer Selbstverwaltung, vorhanden waren, werden sie aufgelöst — denn sie könnten zu Sammelpunkten für die Gegner der Diktatur werden. Daher die Zerschlagung der Gewerkschaftsverbände.

Wenn Staatsapparat und Parteiapparat nebeneinander bestehen, kann der Parteiapparat selbständige Regungen zeigen — darum müssen Staatsapparat und Parteiapparat vollständig eins werden!

Solange noch in der Bürokratie Beamte sind, die nicht restlos nationalsozialistisch sind, solange besteht die entfernte Gefahr, daß auch in der Bürokratie selbständige Regungen und Widerstandskräfte entstehen könnten.

Zum Wesen der Diktatur gehört die Furcht der Diktatoren, und diese Furcht treibt sie zu immer neuen Gewaltsamkeiten, läßt sie immer neue Mittel der Machtsicherung und der Unterdrückung ersinnen.

*

Es gibt keinen krasseren Widerspruch, als er zwischen dem von uns vorangestellten Satz des nationalsozialistischen Parteiprogramms und der nationalsozialistischen Praxis besteht. Die Diktatur kann um ihrer Existenz willen die Staatsstellen nur nach Parteigesichtspunkten besetzen. Daß dies ohne Rücksicht auf Fähigkeiten und Charakter geschieht — wodurch wurde es besser illustriert, als durch die Ernennung von Ernst Röhm neben Rudolf Heß zum Reichsminister? Ohne Rücksicht auf den Charakter nicht nur des neuen Ministers, sondern auch auf den Charakter seiner neuen Kollegen! Es ist noch nicht so lange her, daß die Mitglieder des Reichskabinetts, die nicht nationalsozialistischer Herkunft sind, sich mit Entrüstung geweigert haben würden, mit Röhm in einer Körperschaft zusammenzuarbeiten, Herr von Papen an der Spitze. Die Vergangenheit und die besonderen Neigungen des Herrn Röhm sollten ihn zu einem unmöglichen und unappetitlichen Partner machen. Aber Charakter, Moral und Aesthetik sind Dinge, die in Deutschland immer unbekannter werden. Es gehört zum Gesetz der Diktatur, daß gerade solche Elemente wie Herr Röhm zu Herren über Deutschland werden! Seine Anwesenheit im Reichskabinett wird dieser Körperschaft zur besonderen Zierde gereichen!

*

Dies Reichskabinett ist überhaupt ein interessantes Gebilde! Es ist einst ins Leben getreten als Koalitionsregierung zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen, zwischen Hitler und Hugenberg. Damals waren die Nationalsozialisten drei — Hitler, Frick und Göring, gegenüber einer starken deutschnationalen Mehrheit. Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März — die wahre Verfassung Deutschlands nach dem Ausspruch des Staatsrechtslehrers Carl Schmitt — war auf den Koalitionscharakter des Kabinetts gegründet. Aber die deutschnationalen Illusionen sind wie Glas zersprungen! Seldte und Papen haben Hugenberg verraten und sind zu Hitler übergegangen, Hugenberg wurde hinausgeworfen, die Deutschnationale Partei aufgelöst, ihre Erneuerung verboten. Heute sind zehn Nationalsozialisten im Kabinett: **Hitler, Göring, Göbbels, Frick, Heß,**

Neuer Verfassungseid



Das ist die Verfassung, auf die sie schwören!

Die Verfassungstreuen.

Das Reichskabinett *Hitler* hat, wie offiziös gemeldet wurde, in seiner Sitzung am 1. Dezember beschlossen der Eidesformel für öffentliche Beamte diesen Wortlaut zu geben:

„Ich schwöre, ich werde Volk und Vaterland Treue halten, Verfassung und Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen. So wahr mir Gott helfe!"

Zugleich wurde folgende Bekanntmachung Görings veröffentlicht:

Auf Grund der Art. 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Dienstag dem 12. Dezember 1933, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.

Dürfen wir so neugierig sein, im Namen der deutschen Beamten zu fragen, welche Verfassung denn das eigentlich ist, der sie Treue schwören müssen? Die Verfassung, auf die sich Göring beruft, ist noch immer die von Weimar. Aber wenn die Beamten die Verfassung von Weimar beachten sollen, wird der Oberreichsanwalt Werner die Hitler, Göring usw. sofort wegen Hochverrat verhaften lassen müssen.

Ein staatsrechtliches Gutachten ist fällig. Hilf, Carl Schmitt!

Röhm, Darré, Schmitt und die deutschnationalen Renegaten Seldte und Papen. Daneben gibt es auch noch andere Minister. Sind sie schon Nationalsozialisten? Wir wissen es nicht. Darunter ist der Reichsjustizminister Gürtner, dessen Unterschrift unter dem Gesetz steht, das die Neubildung von Parteien, also auch der Deutschnationalen Partei, mit schwersten Strafen bedroht. Herr Gürtner ist als Deutschnationaler in dies Kabinett gekommen. Zeugt es nicht von Charakter, daß er das Gesetz gegen die Neubildung seiner Partei unterzeichnet hat?

Neben ihm steht der Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk, von dem man laut sagt, daß er noch Reichsminister ist, weil er eine zahlreiche Kinderschar hat. Es gehört Charakter dazu, heute deutscher Reichsfinanzminister zu sein!

Aber was bedeutet es schon, heute deutscher Reichsminister zu sein! Soweit sie nicht zur Gruppe der Diktatoren gehören, gilt auch für sie — Sklaven sind sie alle!

*

Staat und herrschende Partei werden in Deutschland immer mehr eins. Die persönlichen Träger der Herrschaft gebrauchen die Partei, um den Staat zu beherrschen, sie benutzen den Staat, um ihre Herrschaft über die Partei zu sichern. Ihre letzten Maßnahmen bedeuten im Grunde nur eine formale Anerkennung in Wirklichkeit schon vorhandener Zustände in Deutschland. Der Reichskanzler diktiert — er ist trotz Hindenburg Staatsoberhaupt, Gesetzgeber, Chef der Verwaltung und Justiz in einer Person. Ein Parteiheer von fast einer Million Mann hält das Volk nieder, weitere Millionen dienen als freiwillige Polizisten, Aushorcher, Denunzianten gegen den Rest des Volkes. Das ist Verfassung genug! Wozu dann noch eine geschriebene Verfassung?

Das Problem der Eingliederung der Justiz in die totale Despotie wird auf die einfachste Art und Weise erledigt. Für die herrschende Partei werden Sondergerichte eingeführt, die allgemeine Justiz wird der Parteijustiz unterstellt. Geschriebene Rechtsnormen existieren für die Parteijustiz nicht — daß sie in der totalen Despotie überflüssig sind, hat die allgemeine Justiz längst bewiesen, die nur noch nach dem Parteigesichtspunkt urteilt. Die Justiz für die Beherrschten ist in der Despotie nicht ein Werkzeug der Gerechtigkeit, sondern ein Mittel der Bedrückung und Niederhaltung. Die Sonderjustiz für die beherrschende Partei ist ein Mittel der Machtsicherung der Diktatoren. Schließlich ist die innere Verfassung der NSDAP., die immer mehr zur deutschen Staatsverfassung wird, auch despotisch, und auch innerhalb der herrschenden Partei können die Despoten oder der Despot die Macht nur behaupten mit Unterdrückung, mit drakonischen Strafmitteln und Terror. Die Konzentrationslager für die SA. finden jetzt ihre Ergänzung durch die Parteigerichte der NSDAP.-Mitglieder und der SA.

Je weiter die Eroberung des Staates durch die herrschende Partei vorwärts schreitet, umso schärfer tritt die Zweiteilung des deutschen Volkes in Herren und Sklaven hervor.

*

Es ist nicht eine Staatsverfassung, die in Deutschland entsteht, sondern eine Heeresverfassung. Es gibt in dieser Verfassung keine Staatsbürgerrechte, keine Garantie allgemeiner Menschenrechte, keine Abgrenzung von Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung, sondern nur eine Regelung des Unterordnungsverhältnisses unter die Vorgesetzten, eine Regelung der organisatorischen Gliederung, der Strafmaßnahmen zur Erzwingung der Unterordnung. Es ist die Ausprägung des reinsten militaristischen Geistes.

Denn totaler Staat und Militärdespotie sind ein und dasselbe! Diese Gestaltung der wirklichen deutschen Verfassung, die völlige Verschmelzung von Partei und Parteiheer mit dem Staat ist nicht das geringste Stück der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, die die Machthaber Deutschlands betreiben. Sicherung der eigenen Herrschaft, das ist der eine Gesichtspunkt, den sie verfolgen, Organisierung des deutschen Volkes für kommende kriegerische Auseinandersetzungen der andere. Unter beiden Gesichtspunkten wollen sie jetzt der Entwicklung ein schärferes Tempo geben. Sie ziehen ihre Schlüsse aus der Schwäche der Demokratie in Europa. Sie wollen sobald als möglich bereit sein, und gehen deshalb daran, mit aller Brutalität die Herrschaft auszubauen, die aus dem ganzen Volke ein einziges Heer machen soll.

Mit despotischen Mitteln sichern sie ihren Oberbefehl, die Befehlsgewalt und die Disziplin der Beherrschten. Eine Verfassung für den Krieg — das ist ihr Ziel!

Krieg oder Frieden?

Eine Rede Breitscheids in Paris

In der „Neuen Schule des Friedens" in Paris sprach unter dem Vorsitz Vanderveldes vor einer großen Zuhörerzahl Breitscheid über „Hitler und Europa". Er erklärte, daß Europa an dem Sieg Hitlers nicht unschuldig sei und erinnerte daran, wie das besiegte Deutschland, nachdem es demokratische Republik geworden war, behandelt wurde. Im Vergleich zu dem, was jetzt geschehe, seien die „Verfehlungen" zu Cunos Zeiten harmlos gewesen, dennoch sei damals das Ruhrgebiet besetzt worden. Gegen das Gift des Faschismus sei kein Volk immun, kein Volk dürfe sagen, bei ihm seien ähnliche Vorgänge unmöglich. Auch in Deutschland habe man nicht glauben wollen, daß doch Aehnliches geschehen könnte wie in Italien, und doch sei die deutsche Diktatur noch viel brutaler und grausamer als die italienische. Breitscheid forderte eine gemeinsame Front aller Völker, die ihre demokratischen Einrichtungen und Zustände erhalten wollten, gegen die faschistische Drohung, wies jedoch den Gedanken eines militärischen Eingreifens weit von sich. „Nichts liegt mir ferner", rief er aus, „als die Forderung, daß gegen Hitlerdeutschland mit Waffengewalt vorgegangen werde. Ein Krieg wäre für mich ein verabscheuenswürdiges Verbrechen, er wäre das Ende Europas!"

Die neuen Pazifisten

und der Respekt des Auslandes.

Das Matin-Interview, in dem sich Hitler kürzlich als Freund des Friedens und der Versöhnung aufspielte und dabei nicht daran vorbei kam, endlich Stresemanns Verständigungsarbeit einige verstehende Worte zu widmen, hat im Dritten Reich einiges Staunen und im Ausland sehr ironische Kommentare ausgelöst. Um die frühere kriegerische Nazіagitation mit der neuen Friedensplatte einigermaßen gleichzuschalten, schwingt sich der Völkische Beobachter zu einer Interpretation des Hitlerinterviews auf und rührt folgenden Brei an:

„Früher konnten weder Brüning noch Stresemann von wirklicher Versöhnung und Frieden sprechen, weil man in Paris die befleckte Vergangenheit der Sozialdemokratie ebenso gut kannte wie in Deutschland, weil jeder Schritt nach dieser Richtung hin nur zu leicht mit den unsauberen Motiven der November-Revolution in Zusammenhang gebracht werden konnte . . ." Der internationale Kapitalismus wird schmunzelnd zur Kenntnis genommen haben, wie sich die Nazibonzerie hier wieder einmal empfiehlt: die Sozialdemokratie „macht Klassenkampf" und die rote Novemberrevolution hat einige Privilegien der Besitzenden beseitigt, aber wir Nazis haben die Volksrechte wieder zerschlagen, wir schützen euch Kapitalisten bis auf weiteres vor Sozialisierung und Großkapitalist Thyssen ist unser Wirtschaftsdiktator . . . . Diese reaktionäre Empfehlung kommt dann noch einmal und wird zu einem tollen Gallimatthias verrührt:

„So haben die Vorsitzenden des alten Systems, gleich ob sie im einzelnen falsch oder richtig handeln, für Deutschland überhaupt nicht wirken können, und wenn der eine oder der andere es auch versucht haben mag, so sind alle diese Versuche durch die fluchbeladene Tätigkeit des Gesamtmarxismus zunichte gemacht worden. Es versteht sich deshalb von selbst, daß das Ausland vor solchen Vertretern keinen Respekt haben konnte (Hindenburg, Neurath etc., wie wird euch? Red. d. N. V.) und demgemäß auf alle Beteuerungen geantwortet hat."

Welchen Respekt das Ausland vor den **braunen Brandgewinnlern** bekundet, das **weiß nicht nur** Göring am besten, sondern vor allem der Chefredakteur des Völkischen Beobachters, der tapfere Heimkrieger Rosenberg! Dem wurden in London derartige **Ovationen geliefert**, daß sie einer Ausweisung **gleichkamen und den braunen Oberbonzen zur vorzeitigen** Abreise zwangen. Und während die Vertreter der Demokratie immerhin die Räumung des Rheinlandes, den österreichischen Anschlußwillen, den Youngplan und andere Erleichterungen erzielten, erntete Hitlerdeutschland bis heute nur den deutsch-österreichischen Krieg, Erhöhung der Militärbudgets in allen Ländern, völlige Isolierung, beleidigende Behandlung, **Mißtrauen und Boykott**, so daß es die Japaner bereits zu Ariern erklären mußte.

Wann aber wagt die neudeutsche Presse nun endlich, das pazifistisch geschminkte Hitler-Interview endlich im Wortlaut wiederzugeben?

Der neue diplomatische Ton

Der „Völkische Beobachter" vom 27. November wütet gegen die Regierung Dollfuß:

„Der „Grenzzwischenfall", dem ein deutscher Reichswehrsoldat schuldlos zum Opfer fiel, berechtigt die deutsche Oeffentlichkeit zu der Frage:

Sind die das heutige Regierungssystem repräsentierenden Männer in Oesterreich im Sinne des deutschen Paragraphen 51 noch zurechnungsfähig

oder dürfen sie bei der Liquidierung ihres Gewaltregiments sich Hoffnungen auf einen Freispruch machen, weil die Angst vor dem Hakenkreuz ihre freie Willensbestimmung ausgeschlossen hat?

Das Wüten der derzeitigen Machthaber in Wien . . . läßt darauf schließen, daß

eine schwere Psychose die Machthaber im Donauraum ergriffen hat.

Es kann aber keinem Volke gleichgültig sein, wenn sich in seiner nächsten Nachbarschaft ständig sich **steigernde Taten der Unzurechnungsfähigkeit abspielen.**"

Das ist der Ton, in dem während des Weltkrieges Propaganda gegen friedliche Regierungen getrieben wurde. Die Nationalsozialisten fühlen sich im Kriegszustand mit Oesterreich und pflegen deshalb die Kriegspropaganda.

Wo bleibt das Weltgewissen?

Wir lesen den folgenden Aufsatz an das Volksgewissen:

„Es kann der Kulturwelt nicht gleichgültig sein, wenn im Herzen Europas Gefangenenmord, Geiselaushebung, Erpressug, Raub, Gewalttaten über Gewalttaten Tag für Tag geschehen, es kann vor allem dem Deutschtum nicht gleichgültig sein, daß . . . ein Vernichtungskampf geführt wird, der Mittel in Anwendung bringt, die Tataren und Sarazenen im dunkelsten Mittelalter verschmäht haben . . .

Daß man mit weitgehender Zuhilfenahme von Gummiknüppeln von halbwüchsigen Jungen Geständnisse erpreßt, um Erwachsene, oft die Eltern, ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager einliefern zu können.

Nach dieser Anklage folgt die Zuschrift eines Mißhandelten, der einer Terrorbande in die Hände gefallen war:

„Dort hielt das Auto an und man zerrte mich aus dem Wagen und wollte mir im Stehen ein Oel, das ich nicht kenne, das aber sehr dickflüssig war, einflößen. Anfangs wehrte ich mich, dann zwang man mich in die Knie, hielt mir beide Arme auf dem Rücken zusammen **und jetzt flößte mir Penz, während er mir die Nase zuhielt, damit ich keine Luft mehr bekam, das Oel ein.** Penz hielt mir die Nase derart zu, daß ich fast erstickte. Nach zirka 15 Minuten wurde ich wieder in das Auto gebracht, und unter vielen Drohungen wurde mir gesagt, wenn ich etwas anzeige, würde ich schon das weitere erfahren und die gehörige Ladung bekommen. Da mir von dem eingeflößten Oel sehr schlecht war und ich mich andauernd übergeben mußte, bin ich sofort heimgegangen. Während der Nacht konnte ich vor Schmerzen nicht schlafen und ich fühle mich heute noch sehr übel."

Eine „Greueltat" aus dem Dritten Reich? Aber nein! Wir haben den — „Völkischen Beobachter" vom 23. November 1933 zitiert, der sich unter der Ueberschrift: Wo bleibt das Volksgewissen? über die Behandlung der Nationalsozialisten in Oesterreich beschwert.

Die Hölle der Konzentrationslager

In keinem Lande der Welt wird ein Staatsbürger seiner Freiheit beraubt, wenn er sich nicht gegen die Gesetze vergangen hat. Nur in Deutschland erfolgen Verhaftungen ohne jeden ersichtlichen Anlaß und in Willkür. Heuchlerisch wird diese Art der Haft „Schutzhaft" genannt. Da die Gefängnisse und Strafanstalten für die große Zahl der Schutzhaftgefangenen nicht ausreichen und die Grausamkeiten der SA.-Wachmannschaften verborgen bleiben sollen, so sind „Konzentrationslager" geschaffen worden. Die Zahl dieser Lager sowie die Zahl der Gefangenen hat sich ständig erhöht. Nach einer zuverlässigen Statistik des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, bestehen noch immer 68 Konzentrationslager, in denen etwa 50.000 Gefangene sich befinden, und zwar sind das folgende Lager:

Ostpreußen: Grundaus bei Königsberg, Soldin.

Brandenburg: Bernau, Börnicke bei Nauen, Bötzow, Brandenburg a. d. Havel (früheres Zuchthaus, das wegen Baufälligkeit und gesundheitsgefährdung geräumt war — 1600 Gefangene), Jüterbog, Oranienburg (dient jetzt im wesentlichen der Unterbringung rebellierender SA-Männer — 1000 Gefangene), Sonneburg (ebenfalls längst abbruchreifes und daher geschlossenes Zuchthaus, 600 Gefangene).

Schlesien: Frankental, Münsterberg, Leschwitz bei Görlitz.

Provinz Sachsen: Erfurt, Lichtenburg b. Torgau (etwa 1000 Gefangene) Gräfenhainichen, Zörbig.

Schleswig-Holstein: Eutin, Glückstadt, Rickling.

Hannover: Mooringe, Wilsede (1300 Gefangene, und zwar revolutionierende SA-Männer).

Westfalen: Bergkamen, Börgermoor (etwa 2000 Gefangene, berüchtigt wegen seiner Grausamkeit), Esterwegen, Neusustrum bei Lathen a. d. Ems, Sennelager, Wanne-Eickel.

Hessen-Nassau: Ginsheim, Fechenbach, Kassel, Rödelheim, Wetzlar.

Rheinprovinz: Bayernburg b. Wuppertal, Brauweiler, Coblenz-Karmerita (700 Gefangene), Coblenz-Karthause, (300 Gefangene), Düren, Jülich, Kemna b. Wuppertal, Siegburg (2500 Gefangene).

Bayern: Dachau (3000 Gefangene, noch immer die Stätte grausamster Folterungen).

Sachsen: Bautzen, Colditz (900 Gefangene), Crimmitzschau, Dresden (Mathildenschlößchen), Grünenhainichen, Hainichen b. Döbeln, Heinewald b. Zittau (380 Gefangene), Burg Hohnstein (600 Gefangene), Sachsenburg b. Flöha (1600 Gefangene), Sonnenburg b. Chemnitz, Osterstein b. Zwickau.

Württemberg: Gotteszell bei Gmünd.

Baden: Ankenbuck b. Villigen, Bad Dürheim (500 Gefangene), Heuberg (gemeinsames Lager von Baden und Württemberg, trotz Entlassungen noch 1600 Gefangene), Kißlau bei Bruchsal, Rastatt (300 Gefangene).

Thüringen: Blankenhain b. Weimar, Jena, Ohrdruf (1000 Gefangene), Untermaßfeld.

Hessen: Osthofen, Langen.

Oldenburg: Vechta.

Braunschweig: Wolfenbüttel (600 Gefangene).

Hamburg: Fuhlsbüttel, Wittmoor.

Bremen: Hastet (für rebellierende SA), Insel Langlüttgen, Miesler (400 Gefangene), Bremen hat außerdem ein Konzentrationslager auf einem stillgelegten Schiff.

Anhalt: Dornburg.

Mindestens die gleiche Zahl von Gefangenen befindet sich in den Polizei- und Gerichtsgefängnissen, ohne daß gegen sie eine Untersuchung geführt oder ein Strafverfahren eingeleitet worden ist. Hunderttausend Menschen sind also der Freiheit sowie ihrer Existenz beraubt, ihren Familien entrissen, ohne daß man sie überhaupt eines Vergehens gegen die Gesetze beschuldigt!

Ende der Scheingewerkschaften

Ende der Koalitionsfreiheit — Dinta-Erziehung — Zwangsorganisation nach Feierabend — Uniformierung der Arbeiter — Aufrechterhaltung der Unternehmerorganisation — Arbeitsfront öffentlich — Rechtliche Körperschaft — Braune Gewerkschaftsbonzen werden Beamte.

Als die braunen Horden am 2. Mai der deutschen Arbeiterklasse ihre Gewerkschaftsorganisationen raubten, wurde versprochen, die Verbände von Korruption und Mißwirtschaft zu reinigen. Dann kam Erlaß auf Erlaß, bis die Berufsverbände als Glieder der Deutschen Arbeitsfront, ihrer sozialen Aufgaben entledigt, nur noch die Funktion einer Beitragsmaschine auszuüben hatten. Anfang Juli wurde der letzte Rest der „marxistischen" Funktionäre auf die Straße gesetzt. Die

Arbeitsbeschaffung für 20.000 braune Gewerkschaftsbonzen

war gelungen. Noch war die Reinigung nicht beendet, es war noch nötig, die Arbeitsfront und die Nazibetriebszellen von den Rebellen im eigenen Lager zu entlasten. Auch diese Säuberung ist inzwischen durchgeführt.

Die Reichstagswahl am 12. November 1933 hat gezeigt, daß die marxistischen Brutstätten immer noch nicht vertilgt werden konnten. Zwar meinte Robert Ley, der General der Arbeitsfront:

„Zwei Millionen Neinsager wird es immer geben, das sind asoziale Menschen, Elemente, die jedes Volk hat, doch haben muß, wenn es sie nicht hätte, würde es an Verstopfung leiden,"

doch leitet er in der gleichen Rede auf einer Führertagung im Berliner Rathaus einen Umbau der Arbeitsfront ein, der nur allzu deutlich zeigt, wie stark die Verdauungsbeschwerden sein müssen, die dem Nazideutschland aus dem Verschlingen der Gewerkschaften entstanden sind.

Selbst der demagogische Versuch, auch nur Scheingewerkschaften weiter zu führen, ist gescheitert. Jetzt soll nach dem neuesten Programm Dr. Leys die Arbeitsfront ein völlig neues Gesicht bekommen.

Von gewerkschaftlichen Aufgaben ist nicht mehr die Rede.

In der jetzt eingeleiteten Etappe wird offen ausgesprochen, daß die Arbeitsfront nur noch als Werkzeug des faschistischen Staates dienen darf. denn so spricht Ley:

„Die Partei stellt die Prediger", so sagt Ley, „und das in der deutschen Arbeitsfront organisierte Volk bildet die Gemeinde, die die Gedanken des Führers in die Tat umsetzt. Die Partei wird daher immer klein sein. Die Deutsche Arbeitsfront soll und muß einmal das ganze Volk erfassen, außer den immer vorhandenen asozialen Elementen."

Als erste Konsequenz wird angekündigt, daß sämtliche Unternehmer und Angestellte, die Pgs. sind, als Einzelmitglieder in die NSBO. einzutreten haben. Darüber hinaus soll der Raub vom 2. Mai nunmehr seine Krönung erhalten.

Die Deutsche Arbeitsfront ist die Zusammenfassung aller im Arbeitsleben stehenden Menschen ohne Unterschied ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung.

Dieser Leitsatz des soeben verbreiteten programmatischen „Aufrufs an alle Schaffenden" wird dahin erläutert, daß die Verbände der Arbeiter und der Unternehmer nicht mehr der Wahrung besonderer wirtschaftlicher und sozialer Schichtungen zu dienen haben.

Nach dem Willen unseres Führers Adolf Hitler ist die Deutsche Arbeitsfront nicht die Stätte, wo die Fragen des täglichen Arbeitslebens entschieden, die natürlichen Unterschiede der einzelnen Arbeitsmenschen (lies Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit) aufeinander abgestimmt werden.

Es gibt also keinerlei soziale Interessenvertreter durch ihre Gewerkschaften, sondern Dr. Ley kündet für die nächste Zeit die Neuregelung der Arbeitsbedingungen an, und zwar in einer Weise, daß „Führer und Gefolgschaft im Betriebe" ihre Stellung zugewiesen erhalten.

Es ist aus dem Aufruf noch nicht klar ersichtlich, ob auch eine Auflösung der einzelnen Berufsverbände geplant ist, doch ist bereits eine Mitgliedersperre verhängt worden, so daß weder Eintritte noch Austritte zulässig sind.

Zunächst werden eifrig Einzelmitglieder für die Betriebszellen geworben. Die Entgewerkschaftung der Arbeiter und Angestellten wird begleitet von einer

Erziehungsaktion des sog. Dinta

(Deutsches Institut für technische Arbeitsforschung und -schulung). Das Dinta, eine der Schulungseinrichtungen auf wirtschaftsfriedlicher Grundlage, war vor einigen Jahren von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie geschaffen worden, um die Arbeiter und Angestellten unter Vortäuschung einer sozialpolitischen Wissenschaftlichkeit von den freien Gewerkschaften zu entfernen und für die Gelben zu gewinnen, im zeitlichen Zusammenhang mit der Umbildung der Arbeitsfront ist das Dinta jetzt in dieselbe eingegliedert worden.

Das große Feierabendwerk soll bezwecken, daß Arbeiter und Angestellte auch nach der Arbeit als Einzelmitglieder einer Zwangsorganisation für die Freizeit eingereiht sind.

Die Gelder der Deutschen Arbeitsfront werden für dieses Werk zur Verfügung gestellt nach dem Grundsatz: Ihr gebt Euer Geld nicht mehr wie früher für Streiks und Aussperrungsfonds, sondern für Eure Organisation der Freizeit „Nach der Arbeit".

Dazu kommt die einheitliche

Uniformierung der Arbeiter,

wobei auch nicht mehr vom Ständewesen oder von Fachschaften die Rede ist, sondern nur von der Gleichmachung aller Arbeitenden als der dem faschistischen Staat unterstellten Masse.

Selbst wenn formell die Einzelverbände bestehen bleiben sollten, so sind mindestens ihre Vermögen wie die laufenden Beiträge für den politischen Zweck der neuen Arbeitsfront beschlagnahmt. Der Schatzmeister Brinkmann gibt in einem längeren Erguß bekannt, daß die Buchführung in den freien Gewerkschaften nichts getaugt habe. Jetzt hat Brinkmann eine zentrale Finanzabteilung für die sämtlichen Verbände eingerichtet, sämtliche Finanzwarte der Einzelverbände sind ihm unterstellt. Also auch finanztechnisch ist alles vorbereitet, um stündlich jedes Eigenleben der Einzelverbände abdrosseln zu können.

Für den Verlust ihrer Gewerkschaftsvertretung sollen Arbeiter und Angestellte durch die

Einführung eines Arbeitspasses

entschädigt werden. Es ist die Bestätigung, daß es im Dritten Reich nicht nur Parteibuchbeamte, sondern auch Parteibucharbeiter und Parteibuchangestellte gibt. Die übrigen können mangels eines Arbeitspasses verhungern.

Die tatsächliche Lahmlegung sämtlicher Arbeitnehmerorganisationen wird zwar damit begründet, daß für soziale Interessengegensätze heute kein Raum mehr sein dürfte. Die neue Arbeitsfront hat aber die Unternehmerorganisationen nicht abgelöst. Der Reichsstand der deutschen Industrie und ebenso die Zentralverbände des deutschen Großhandels und für das deutsche Bankiergewerbe bleiben bestehen. Sie haben angeblich weiterhin Spezialaufgaben zu lösen.

Da die Arbeiter und Angestellten nicht mehr einsehen werden, wozu sie nach restloser Beseitigung jedes gewerkschaftlichen Lebens noch Beiträge bezahlen sollen, so ist die Ley-Aktion verbunden mit der Anerkennung der

Gewerkschaften als öffentlich-rechtliche Gewerkschaften.

In einer Erläuterung wird ausgeführt:

„Im allgemeinen wird eine Gewerkschaft, auch wenn sie eingetragener Verein ist, ihre Mitglieder nicht daran hindern können, auszutreten. Bei der Körperschaft des öffentlichen Rechts dagegen kann ein Miglied nicht austreten."

Für die Beitreibung der Beiträge erhält die Arbeitsfront ihre eigenen Vollzugsorgane, so daß sie keiner gerichtlichen Hilfe mehr bedarf. Für die Mitglieder ergibt sich nach der amtlichen Anweisung folgende Rechtslage:

„Die Mitglieder gehören in demselben Augenblick einer Körperschaft an, die genau so wie der Staat öffentlich rechtlich ist, also von der Staatsgewalt mit einem Teil ihrer eigenen Aufgaben betraut ist. In demselben Augenblick untersteht die Arbeitsfront der Staatsaufsicht und in demselben Augenblick untersteht demnach auch die Tätigkeit der Mitglieder der Arbeitsfront und deren Geist der Aufsicht des Staates."

Die geraubten Gewerkschaftsverbände sind also endgültig ihrem Zweck entzogen, der Totalitätsanspruch des Faschismus ist befriedigt und Millionen von Arbeiter und Angestellte sind betrogen und verraten. Aber eine rettende Tat hat Herr Dr. Ley im Kampf gegen Eigennutz und für Gemeinnutz bei seiner Henkersarbeit in den deutschen Gewerkschaften noch vollbracht. Er berichtet über die Umwandlung der Gewerkschaften bezw. der Arbeitsfront zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften triumphierend:

Das wesentlich Neue dürfte aber vor allem sein, daß die Angestellten der Arbeitsfront rechtlich Beamtencharakter bekommen.

Es ist erreicht, die braunen Gewerkschaftsbonzen werden Beamte und sie können sich aus den geraubten Gewerkschaftsvermögen, ohne gearbeitet zu haben, auch noch pensionieren lassen.

Weder treu, noch deutsch, aber pensionsberechtigt! S. A.

Eine glorreiche Reformation

Reichsbischof gegen Kirchenparteien - Flucht zu den Sekten

Die neue große braune Reformation hat ihr erstes Fiasko hinter sich. Die nationalsozialistische Kirchenpartei der Deutschen Christen mußte aufgelöst werden, das "geistliche Ministerium" der evangelischen Kirche ist zurückgetreten. Durch Erlaß des Reichsbischof Müller wird den Mitgliedern des geistlichen Ministeriums und den Beamten und Hilfsarbeitern der Reichskirchenregierung die Zugehörigkeit zu kirchenpolitischen Parteien Bünden, Gruppen und Bewegungen untersagt Das soll für alle deutschen Landeskirchen gelten.

Damit ist der Vorstoß der Nazi-Evangelischen, deren Revolution von der Revidierung der „verjudeten" Bibel bis zur Beseitigung des „orientalischen" Kruzifixes gehen will, zusammengebrochen. Er begann mit jener nationalsozialistischen Berliner Kirchenversammlung, in der Dr. Krause die Rebellion gegen das rassisch minderwertige Alte und Neue Testament ausrief. Der anwesende Bischof von Bradenburg, Hossenfelder, der gleichzeitige Führer der Deutschen Christen ist, trat dieser Ketzerei nicht entgegen, weshalb die Pfarrernotbünde in Bewegung kamen und etwa 8000 Pfarrer die Opposition gegen Hossenfelder und das heidnische Treiben auf ihre Fahne schrieben. Wenn man also „oben" nicht eine Zerreißung der evangelischen Kirche wollte, so blieb nur eins: zurück zum Bibelglauben. Bischof Hossenfelder sollte zurücktreten, weigerte sich, berief sich auf die, die ihn ermutigt hatten: die Göbbels, Hitler, Röhm. Aber denen war auch mulmig geworden; sie ließen den Apostel des neuen germanisch gereinigten Jesus tapfer im Stich. Das geistliche Ministerium trat zurück.

Der ganze Vorgang zeigt dasselbe dilletantisch-kurpfuscherische Gesicht, die alle „Reformen" des Dritten Reiches aufweisen. Mit großem Getöse wurde die Partei der Deutschen Christen gegründet, jetzt muß sie von den Gründern selbst verboten werden. Hitler wurde mehrfach als neuer nordischer Reformator der gereinigten, geeignigten evangelischen Kirche ausgerufen — ausgerechnet der gläubige Katholik Hitler soll den Luther von 1933 spielen! Er bemüht sich im Moment gerade im Schweiße seines Angesichts, mit dem Heiligen Stuhl zu einer Verständigung wegen Sterilisierungsgesetz und Arierparagraphen zu kommen, gegen welche Gesetze die katholische Kirche entschieden Einspruch erhebt. Denn sie ist ja schließlich an ihre Sakramente gebunden und die dulden weder Unfruchtbarmachung, noch Zerstörung der Ehe wegen jüdischer Ahnen. Hier handelt es sich um einen schweren grundsätzlichen Konflikt, bei dem es keine andere Lösung gibt als eine katholische Fassung der betreffenden Gesetze — und das ginge ohne neue Blamage Hitlerdeutschlands nicht ab.

Inzwischen bemüht sich der Reichsbischof Müller, ein neues „geistliches Ministerium" zu bauen, das sowohl den reinen Jesusanhängern wie den Nazichristen vertrauenswürdig ist. Denn die Flucht aus den Landeskirchen hat in den letzten Wochen ziemliche Fortschritte gemacht. Ernste Christen enteilen, weil sie sich in ihrer Kirche nicht daheim fühlen können, deren Hüter auf Parteikommando das Christusbild in zwei Teile reißen, und die Braunen entweichen, weil ihnen Jesus' jüdische Großmutter mißfällt. Sie flüchten zu den verschiedenen Sekten der Artchristen, die zu verschiedenen nordischen Göttern beten, aber durch den gemeinsamen Ruf „Wotan erwache!" zusammengehalten werden und als dritte deutsche Kirche gelten wollen.

Luther würde im Grabe rotieren, wenn er seine Nachfolger von 1933 am Werke sehen könnte . . .!

Röhm soll heiraten

Herr Frick, Reichsminister des Innern im Dritten Reich, mahnt das deutsche Volk, daß es sich mehr Kinder anschaffe, damit der Hitlerstaat eines Tages nach dem Worte seines Führers zum Herrn der Erde werde. Früher sagte der Soldatenwitz „der Kaiser braucht Soldaten", heute heißt es „Hitler braucht Soldaten". Herr Frick verschont mit dieser Aufforderung selbst die höchsten Stellen des Dritten Reiches nicht! Auf der Gründungsversammlung des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst am 20. November mahnte er:

„Der Sieg der erbgesunden kinderreichen Familie entscheidet über das Leben und die Erhaltung des deutschen Volkes im Herzen Europas. Ich erinnere an die Worte Mussolinis, der an hervorragender Stelle schonungslos die Wahrheit sagte, indem er bittere Anklage erhob: „Wo sind die Würdenträger des Faschismus, die eine kinderreiche Familie, d. h. nicht weniger als fünf Kinder haben?"

Unser Führer, der sich selbst für unser Volk bis zur Verleugnung seiner eigenen Person einsetzt, braucht Männer, die die von ihm als richtig erkannten Gedanken und Ziele auch durchführen."

Herr Frick kann, wie Mussolini, erklären: Ich habe das meinige getan! Aber was ist's mit Röhm? Hat Frick daran gedacht, welche Verbesserung der deutschen Rasse es bedeuten würde, wenn Röhm sich entschließen wollte, eine erbgesunde Familie zu gründen und mit einem rassereinen deutschen Mädchen aus dem Bund deutscher Mädchen seine wertvollen völkischen Eigenschaften zu vererben?

Herr Hitler selbst ist leider nicht in der Lage, Mussolini nachzuahmen, soweit diese Mahnung zum Kinderreichtum in Betracht kommt. Als Junggesellen trifft ihn die „bittere Anklage" ebenso wie Röhm. Wird er nun nächstens seine Verheiratung mit einer echt deutschen Frau mitteilen, damit seine kostbaren Eigenschaften in seinen Nachkommen dem deutschen Volke erhalten bleiben? Oder schreckt ihn das Ergebnis des Göbbelsschen Versuches, zur Erhaltung der erbgesunden Familie beizutragen, fürchtet er, daß die Kinder in rassischer Hinsicht nach dem Vater schlagen könnten?

Was ist Schutzhaft?

Ein KPD-Funktionär, der in einem Hochverratsprozeß verurteilt wurde, beantragte Anrechnung von acht Monaten Dachau auf die verhängte Strafe. Das Reichsgericht lehnte ab, mit der Begründung, die Schutzhaft habe sich der Angeklagte „fast immer aus anderen als rein strafrechtlichen Gründen selbst zuzuschreiben."

Die Reichsrichter haben damit festgestellt, daß es im heutigen Deutschland Strafen ohne Schuld und ohne Gesetz gibt.

Pässe für Flüchtlinge!

Eine brennende Frage der Emigration.

Die Regelung der **Paßfrage**, der Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen ist geradezu die Voraussetzung für die wirtschaftliche Fürsorge für die deutschen Flüchtlinge.

Der Völkerbund ist durch die russischen Flüchtlinge, deren Zahl auf eine Million geschätzt wird und die etwa 300.000 armenischen schon früher vor ähnliche Probleme gestellt worden. Der Nansenpaß wird von 50 Staaten für russische, von 36 für armenische Flüchtlinge ausgestellt. Diese Staaten erkennen auch die Nansenpässe gegenseitig an. Deutsche Behörden regten im April 1926 eine ähnliche Regelung für Staatenlose an und der Bund der Staatenlosen richtete im Jahr 1927 von Berlin aus eine entsprechende Bitte an den Kommissar für russische Flüchtlinge.

Ein **Sachverständigenkomitee** hat dann nach Beratung der Frage im Januar 1927 ein Gutachten erstattet. Es hat dabei festgestellt, daß außer für die Staatenlosen eine Regelung gefunden werden müsse, auch für Personen zweifelhafter Staatsangehörigkeit und für solche, deren Staatsangehörigkeit zwar einwandfrei feststeht, denen aber von den Behörden ihres Staates der Paß verweigert wird. Die Sachverständigen erklärten, ihre Aufgabe nach praktischen und menschlichen Gesichtspunkten löse zu wollen. Es komme darauf an, allen, die den Schutz eines Staates entbehren müssen, zu helfen und gleichzeitig den Staaten, in die sich die Flüchtlinge aus einem anderen Zufluchtsstaat begeben, eine Sicherung zu verschaffen. Die Sachverständigen waren der Meinung, daß durch die Gewährung von Pässen, die zwar eine zweifelsfreie Staatsangehörigkeit haben, aber keine Pässe bekommen können, die Zahl der Staatenlosen nicht vergrößert werde.

Das Komitee schlug vor, die Staaten sollten eine Konvention abschließen, nach der den genannten drei Personengruppen von den Staaten ihres Aufenthalts ein Paß von einheitlichem Aussehen gegeben werden solle, mit dem Titel „Paß für Personen ohne nationalen Paß."

Die 3. Allgemeine Konferenz für Verbindungen und Verkehr machte sich in ihrem Beschluß vom 2. September 1927 den Expertenvorschlag nicht zu eigen. Gegen die Gewährung eines einheitlichen Dokuments bestand kein Widerstand, wohl aber gegen die **Einbeziehung der Personen zweifelhafter Staatsangehörigkeit**, denen von den Behörden ihres Landes der Paß verweigert wird. Die Gegner der Gewährung eines Passes an diese Gruppe sagten, es sei notwendig, die Zahl derjenigen zu beschränken, die sich entnationalisieren ohne eine neue Staatsangehörigkeit zu erwerben. Auch handle es sich bei den Personen, denen die Behörden ihres Vaterlandes keinen Schutz geben wollen oft um solche, die sich der Steuerleistung oder Militärpflicht entzogen oder gegen die Gesetze ihres Landes verstoßen haben.

Die Konferenz ließ dann den Gedanken der Gewährung von Pässen an Personen mit zweifelsfreier Staatsangehörigkeit ganz fallen. Sie lehnte auch den Vorschlag einer Konvention ab und beschloß lediglich den Staaten zu empfehlen, **Staatenlosen und Personen mit zweifelhafter Staatszugehörigkeit einen Personalausweis zu geben.** Auf diesem Papier soll vermerkt werden, daß es sich um einen Fremdenpaß handelt. Es soll weiter vermerkt werden, daß der Träger des Passes bei Reisen das Recht zur Rückkehr in das Land haben soll, das den Paß ausgestellt hat, es sei denn daß dieser Vermerk gestrichen ist. Der Paß soll in der Regel auf 6 Monate ausgestellt werden. Er soll möglichst für alle Länder oder doch wenigstens Ländergruppen gelten. Jedes Land behält die Entscheidung, ob es dem Paß sein Visa erteilen will, doch soll dabei möglichst einfach und großzügig verfahren werden. Ein Anspruch auf Schutz durch die Behörden des Landes, das den Paß ausstellt, wird mit dessen Bewilligung nicht verbunden, ebenso wenig eine Aenderung in der Nationalität des Besitzers. Die Empfehlung der Kommission auf Einführung eines solchen Ausweises soll die Zulassungs-, Aufenthalts- und Niederlassungsgesetzgebung der einzelnen Staaten nicht berühren.

Das Völkerbundsekretariat hat im Juni 1929 Auszüge aus den Antworten der Staaten auf die Empfehlung in der Paßfrage veröffentlicht. Danach haben sich bereit erklärt, den **einheitlichen Personalausweis** einzuführen oder hatten schon ähnliche Papiere: Südafrika, Deutschland, Australien, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Aegypten, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Ungarn, Indien, Italien, Japan, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Serbien, Siam, Schweden, Schweiz. Estland gibt Staatenlosen oder Personen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit den Nansenpaß, Kanada und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben eine Art Schutzbefohlenenpaß für Personen, die lange Jahre ansässig sind und wollen andere Papiere nicht einführen, Rumänien erleichtert die Einbürgerung für sie, und will daher dem Vorschlag der Kommission nicht folgen, Lettland hat abgelehnt. Der Bericht enthält offenbar nicht alle Staaten, die dem Vorschlag der Kommission entsprechend verfahren, so fehlt die Tschechoslowakei.

So erfreulich es ist, daß danach die ihrer Staatsangehörigkeit beraubten deutschen Flüchtlinge einen Paß bekommen können, so **wenig günstig ist der Verlauf der Angelegenheit für die Mehrheit der deutschen Flüchtlinge.** Ein Teil der Arbeiter, die vor den Brutalitäten der Nazis geflohen sind, hat niemals einen Reisepaß gehabt. Ein Teil der politischen Flüchtlinge hat in der Eile Deutschland ohne Paß verlassen. Ihnen und einen Teil der jüdischen Flüchtlinge wird aller Voraussicht nach der Paß, wenn er abgelaufen ist, nicht erneuert werden. Sie fallen nicht unter die bisherige internationale Regelung. Für sie wird der neue Völkerbundskommissar für die deutschen Flüchtlinge möglichst schnell eine Regelung herbeiführen müssen. Die Gewährung des Nansenpasses ist mit vielen Umständlichkeiten verknüpft und noch umständlicher ist es, ein Visa dafür zu erhalten. Die Schaffung einer Art Judenpaß muß, auch wegen der Konsequenzen, vermieden werden. Darum bleibt nur die Gewährung von einheitlichen Fremdenpässen, also der Titre d'Identité, auch an die deutschen Flüchtlinge, die die deutsche Staatszugehörigkeit noch besitzen, aber keinen gültigen Paß haben oder ihn von den deutschen Behörden nicht bekommen können. **Der Kommissar für die Flüchtlinge** wird seine ganze staatsmännische Kunst darauf verwenden müssen, eine Methode zu finden, die erlaubt, diese Papiere auszugeben, ohne dabei die auf der Konferenz 1927 erwähnten Interessen der Staaten zu verletzen. Die Flüchtlinge hoffen, daß er auch in diesem Punkt ein tapferer und mitfühlender Anwalt ihrer Sache sein wird.

Kleine Geschichten . . .

Lerne leiden, ohne zu klagen!

Unter dieser netten Ueberschrift kanzelt das Leipziger Naziorgan, die „Leipziger Tageszeitung", das ehemalige Weltblatt, die „Leipziger Neuesten Nachrichten" ab, weil sich die LNN. gestattet hatten, das Verbot einiger Stahlhelmgruppen in Braunschweig als eine „höchst beklagenswerte Verschärfung der Gegensätze" zu bezeichnen. Wir zitieren aus der höhnischen Antwort des Naziblattes wörtlich:

„. . so wollen wir keinen Zweifel darüber lassen, daß kein bürgerliches Blatt das Recht hat, an irgendeiner Maßnahme einer nationalsozialistischen Regierung auch nur den Schein einer Kritik zu üben . . ."

Wohlmeinende Ratschäge oder gönnerhafte Hinweise lehnen wir dankend ab und Kritik bürgerlicher Blätter verbitten wir uns!

Also nicht einmal eine Scheinkritik ist der bürgerlichen Pressedirne gestattet. Das Schönste an diesem Trauerspiel ist die Ueberschrift: Lerne leiden, ohne zu klagen! Arme Presseskulis!

Ein köstlicher Witz

Wie des Chemnitzer Naziorgan meldet, ist an einem Feiertag in einem Haus am Humboldtplatz eingebrochen und gestohlen worden. Eine alltägliche Sache! Aber auf die Hilferufe des Bestohlenen kamen vom nahen Jahnturnplatz nationalsozialistische Turner und nahmen die Verfolgung auf. Ueber den weiteren Verlauf der Affäre lassen wir das Naziorgan selbst sprechen:

„Die gestohlenen Gegenstände, Schmucksachen, Geld und ein Voltmeter, konnten den Einbrechern von den Verfolgern abgenommen werden. Während die Schmucksachen abgeliefert worden sind, hat sich derjenige Verfolger, der dem Einbrecher das Geld und den Voltmeter abgenommen hat, bisher nicht gemeldet und auch die Gegenstände nicht abgeliefert."

Hat er nicht? Aber wieso soll er denn auch? Was ein Nazi in der Hand hat, das hält er fest. Das ist sein gutes Recht, aufgebaut auf der Moral des neuen Reiches. Wer weiß denn, ob der Bestohlene nicht ein Marxist war? Und wie sagte doch Graf Helldorf vor Gericht: „Alle Verbrecher sind Marxisten!"

Immerhin etwas!

In Chemnitz ist die Stelle des sozialdemokratischen Bürgermeisters Schenker mit einem nationalsozialistischen Handlungsgehilfen besetzt, der nun im Chemnitzer Naziblatt sein n Lebenslauf schildert. Da er selbst fühlt, daß die Aneinanderreihung belanglosester Banalitäten etwas peinlich wirkt, fügt er am Schluß mit gehobener Brust hinzu:

„Zur Vervollständigung meiner Ausführungen möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß ich seit Frühjahr 1931 verheiratet bin".

Natürlich! Respekt vor einem verheirateten Mann! Wenn man sonst nichts hat ist das immerhin etwas.

Der innere Raubkrieg

Der deutsche „Reichsanzeiger" veröffentlicht abermals eine Liste über Vermögensbeschlagnahmen. Es handelt sich u. a. um die Guthaben und in einigen Fällen auch um die Wohnungseinrichtungsgegenstände der Eheleute Dr. Rudolf und Toni Breitscheid, des Schriftstellers Heinrich Mann, des kommunistischen Zeitungsverlegers Wilhelm Münzenberg, des Rechtsanwalts und Notars Dr. Johannes Werthauer, des Rechtsberaters der ehemaligen kommunistischen Reichstagsfraktion Professor Felix Halle und des früheren Ministerialdirektors Hermann Badt. Von dem Schriftsteller Emil Ludwig und dem früheren Chefredakteur Leopold Schwarzschild wurde deren Forderung auf Auszahlung des Rückkaufwertes ihrer Lebensversicherung eingezogen.

Es ist ein innerer Raubkrieg, den die Machthaber des Dritten Reiches gegen die Opposition betreiben. Weil sie noch nicht stark genug sind, den Raubkrieg über die Grenzen zu tragen, üben sie sich an ihren politischen Gegnern im Innern.

Das heißt Amnestie!

Massenverhaftungen in den letzten vier Wochen.

Nach den Wahlen vom 12. November versprachen die nationalsozialistischen Machthaber eine Amnestie. Statt der Amnestie erfolgen jetzt täglich Massenverhaftungen, über die auf ausdrückliche Anweisung der Geheimen Staatspolizei die Presse nicht mehr berichten darf. Allein in den letzten vier Wochen sind mehr als 1000 frühere Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei verhaftet worden. Und zwar allein in Dresden 500, in Chemnitz 190, in Breslau 120. Da auch unter den übrigen oppositionellen Gruppen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, so sind die Gefängnisse und Konzentrationslager so überfüllt, daß häufig Entlassungen von Inhaftierten nicht aus rechtlichen oder politischen Erwägungen erfolgen, sondern einfach aus Mangel an Platz. Das ist um so bemerkenswerter, weil entsprechend den barbarischen Grundsätzen des neuen nationalsozialistischen Strafvollzugs die Gefängnisse bereits vier- bis sechsfach so stark belegt sind als früher. Wenn also überhaupt Entlassungen erfolgen, so nicht, weil man begangenes Unrecht sühnen oder einen Strich unter das Vergangene ziehen will, sondern nur, weil Gefängnisse, Zuchthäuser, Konzentrationslager und SA-Folterstätten überfüllt sind.

Der Junggeselle als Staatsfeind

Die Magistrats-Pressestelle der Stadt Frankfurt a. M. teilte mit: Nachdem der Herr Oberbürgermeister festgestellt hat, daß in der Stadtverwaltung noch 1600 ledige Personen als Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, hat er aus staats- und bevölkerungspolitischen Gründen diesen in Frage kommenden Ledigen aufgegeben, **die Gründe, die einer Verheiratung entgegenstehen, mitzuteilen**, bezw. der Frage einer Heirat ernsthaft näherzutreten, da die Innehaltung von Arbeitsplätzen durch Ledige Verheirateten und Familienvätern die Existenzgrundlage verschlechtert.

Für die Enquete — von der Hitler und Röhm erst betroffen werden, wenn die Befragung auf das Reich übergreift — soll folgender Fragebogen vorgesehen sein:

Wann hatte Seine Ihre erste Freundin? — Wie hieß sie? — Wie weit kamen Sie mit ihr? — Waren Sie schon einmal unglücklich verliebt? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, warum haben Sie dem Mädchen nicht gefallen? — Pflegen Sie fremde Ehen zu brechen? Welche und wie oft ihm Jahr? — Leben Sie ihm Konkubinat? Wenn ja, wie können Sie sich das erlauben? Wenn nein, wie können Sie das bezahlen? — Sind Sie bereit eine Germanin zu minnen, die wir Ihnen aussuchen? — Wenn ja, sind Sie ein charakterloser Trottel! Wenn nein, kommen Sie ins Konzentrationslager! (Nichtgewünschtes zu durchstreichen.)

Lernen — Nebensache

Aus einem Bericht des „Völkischen Beobachter" über die Einweihung der Staatlichen Bildungsanstalt in Spandau:

„Wehr- und Führertum, Rasse und Religiosität sind die gleistigen Fundamente der neuen deutschen Schule."

Erst die Flinte — dann das ABC, erst die Großmutter — dann die Moral.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia" Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P D. Zl. 159.334/VII-1933.